

# Der Gemeinderat könnte Schulpflege ablösen

SCHULPFLEGE SOLOTHURN HAT SIE ABGESCHAFFT, IM AARGAU SOLL SIE ABGELÖST WERDEN, LUZERN BEGINNT MIT DER DISKUSSION

**Was im Aargau angedacht und im Kanton Solothurn Realität ist, könnte bald auch im Kanton Luzern Tatsache werden. Die Diskussion über die Schulpflege als strategische Führung der Schule keimt im Kanton Luzern.**

Abseits des politischen Scheinwerferlichts beginnt die Diskussion über die Zukunft der Schulpflegen im Kanton Luzern. Ein Fingerzeig tauchte etwa in den letzten offiziellen Mitteilungen des Gemeinderats Schlierbach auf: «Auch im Kanton Luzern wird laut über eine generelle Schaffung von Bildungskommissionen diskutiert», hiess es dort. Warum aber wird die altgediente Schulpflege angezweifelt? Was plant der Kanton? Welche Vorteile brächte ein Systemwechsel?

## Schulleitungen kompetenter

Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung Kanton Luzern, will zuallererst nicht von einem generellen Abschied der Schulpflege sprechen. «Aktuell gibt es keinen Vorstoss oder ein Projekt auf kantonaler Ebene, welches die generelle Einführung der Bildungskommissionen anstelle der Schulpflegen vorantreibt.» Aber im Rahmen des Projekts «Arbeitsplatz Schule» werde die Frage der Schulleitungen besprochen, meint er. Und wenn die Schulleitungen mehr Aufgaben und Kompetenzen erhalten würden, hätte das Auswirkungen auf die Schulpflegen beziehungsweise auf die Bildungskommissionen.

Konkret will das erwähnte Projekt die Arbeitssituation in den Schulen verbessern. Acht Massnahmen haben das Bildungs- und Kulturdepartement sowie der Verband Luzerner Gemeinden im Mai 2011 dem Regierungsrat vorgeschlagen. Die letzte Massnahme betrifft die Schulleitungen. Durch die Einführung und Aufbau von Schulsekretariaten will das Projekt die Schulleitungen von ausführenden Arbeiten entlasten. «Die geleiteten Schulen als Schulführungsmodell sollen ernst genommen und gestärkt werden», schreiben die Projektverantwortlichen in ihrem Bericht.



Das Sagen über die Volksschule haben in den allermeisten Fällen noch die Schulpflegen in den Gemeinden. Das könnte sich ändern, falls der Kanton Luzern auf die gleiche Strategie einschwenkt wie die Kantone Aargau und Solothurn. FOTO KEYSTONE

## Freie Wahl des Systems möglich

Seit 2008 sind die Luzerner Gemeinden frei, ob sie eine Schulpflege, eine Bildungskommission mit Entscheidungsfunktion oder eine Bildungskommission mit beratendem Charakter haben wollen, wie Charles Vincent ausführt. Die Mehrheit der Gemeinden vertraut die strategische Führung der Schule nach wie vor der Schulpflege an. Zur Bildungskommission mit Entscheidungsfunktion gewechselt hätten unter anderem bereits die drei Gemeinden Malters, Hohenrain und Schüpfheim. Andere wie Emmen, Ebikon und Hochdorf hätten nur noch eine beratende Kommission. Und in den Gemeinden Luzern und Ebikon – beide mit kommunalen Parlamenten – wirkt eine vorberatende Kommission des Parlaments, erklärt Charles Vincent auf Anfrage.

Er bejaht, dass die Tendenz Richtung Schulkommission geht. «Die Wege werden kürzer. Der Gemeinderat beschäftigt sich bei diesem System intensiver mit der Bildung.» Da die Gemeinden für die Ausgestaltung der Volksschulen zuständig sind, hat der Verband Luzerner Gemeinden (VLG) ein gewichtiges Wörtchen mitzureden. Peter Emmenegger, Leiter ad interim des Bereichs Bildung, sagt: «Die Ablösung der Schulpflegen durch Bildungskommissionen ist beim VLG noch kein Thema.» Der VLG werde sich dazu äussern, sobald das Thema offiziell lanciert sei.

## Ein System, das herausfordert

Das Gemeindegesetz definiert die Aufgaben einer Schulpflege. «Sie ist Verwaltungs- und Aufsichtsbehörde für die Volksschule nach den Bestimmun-

gen des Gesetzes über die Volksschulbildung vom 22. März 1999.» Über den Betrieb der Schule und das Personal hat die Schulpflege das Sagen. Nicht aber über die Finanzen. «Diese Ausgangslage führt insbesondere bei nicht budgetiertem Aufwand zu erheblichen Herausforderungen», macht der Gemeinderat Schlierbach ein Beispiel der möglichen Probleme. Würde die Schulpflege durch eine Bildungskommission ersetzt, wäre der Vorbehalt in der Zuständigkeit abgeschafft. Der Gemeinderat könnte so seine Verantwortung über die Finanzen und die ganze Schule ausüben. Die Wege würden kürzer und ein Mitspracherecht der Eltern ermöglichen nach wie vor die in vielen Gemeinden üblichen Elternräte oder anderslautende ähnliche Gremien.

THOMAS STILLHART

## Solothurn hat keine, Aargau zweifelt an ihr

**VERGLEICH** 2006 führte der Kanton Solothurn das System der geleiteten Schule ein. Einhergehend wurden die Strukturen für die Volksschule bereinigt, erklärt Andreas Walter, Leiter Amt für Volksschule und Kindergarten. «Wir haben die Aufgaben und die Kompetenzen zusammengeführt. Da die Schule der grösste Kostenfaktor in einer Gemeinde ist, haben wir die Steuerung und die Verantwortung dem Gemeinderat übergeben.» Dieses System habe sich seither bewährt. Einzelne Gemeinden hätten zwar noch vorberatende Kommissionen, jedoch ohne entscheiden zu können. Früher kannte der Kanton Solothurn eine Schulkommission, die die kommunale Aufsichtskommission wahrnahm. Heute sei die Schulleitung operativ, der Gemeinderat strategisch tätig. Der Lehrerverband habe damals die Umstellung unterstützt, ergänzt er.

«Ab 2018 soll der Gemeinderat die Führung und Verantwortung der örtlichen Volksschule als eine der wichtigsten Gemeindeaufgaben übernehmen», teilte der Aargauer Regierungsrat Ende 2012 mit. Der Gemeinderat solle damit die Schulpflege in dieser Aufgabe ablösen. Mit dem Wandel erhofft sich die Regierung eine schlankere Steuerung der Schule und eine Klärung der Aufgabenteilung zwischen den verschiedenen Gremien. Während die strategischen Aufgaben künftig von der Schulpflege an den Gemeinderat übergehen, werden die Schulleitungen operativ tätig. «Insbesondere soll damit erreicht werden, dass dort, wo die Finanzkompetenz liegt – nämlich beim Gemeinderat – auch die wichtigen strategischen Entscheide zu fällen sind.» Für die Ausarbeitung des Systemwandels braucht die Verwaltung noch Zeit.

STI

## Heimkinderstudie im Internet verfügbar

**KATHOLISCHE KIRCHE** Verding- und Heimkinder haben in den Jahren um 1930 bis 1970 in kirchlich geführten Erziehungsanstalten im Kanton Luzern grosses Unrecht erfahren. Dies dokumentiert die Studie «Hinter Mauern», welche die katholische Kirche Ende September vergangenen Jahres gemeinsam mit der Untersuchung des Kantons zum selben Thema vorstellte. Diese Studie ist nun als Buch erschienen und kann online unter [www.lukath.ch/hintermauern](http://www.lukath.ch/hintermauern) gratis heruntergeladen werden.

Die Studie untersuchte die Ursachen von Gewaltanwendungen in kirchlich geführten Erziehungsanstalten aus verschiedenen wissenschaftlichen Blickwinkeln. Herausgeber sind Professor Markus Ries und Valentin Beck von der Universität Luzern.

«Es darf sich nicht wiederholen.» Dies ist eine der meistgenannten Forderungen von Männern und Frauen, die als ehemalige Verding- und Heimkinder oft bis heute unter dem erlittenen Unrecht leiden. Die katholische Kirche im Kanton Luzern setzt alles daran, dieser Forderung gerecht zu werden, wie sie in einer Medienmitteilung festhält. Sie lädt deshalb am 27. September zu einem Weiterbildungsabend für kirchliche Mitarbeitende und Anstellungsbehörden ein. Die Kirche wolle aus der Vergangenheit lernen und mit dem Blick in die Gegenwart und Zukunft das Bewusstsein schärfen – für Möglichkeiten und Massnahmen, um Gewalt vorzubeugen, sie zu erkennen und in Verdachtsfällen richtig zu handeln. **RED**

# Berner Menü – nahrhaft und gepfeffert

SURSEE PRISCA BIRRER-HEIMO HOB DEN DECKEL FÜR DIE SP-SEKTION SURSEE UND POLITIKINTERESSIERTE

**Es war viel mehr als die angekündigte Berner Suppe, die SP-Nationalrätin Prisca Birrer im Freiraum Sursee knapp zwei Dutzend Besuchern servierte. Es handelte sich um ein ganzes Menü und war mindestens so bunt wie der Gemüsekorb, der in der nachgereichten gekochten Suppe steckte.**

Das Rezept für den Politanlass ist eigentlich ein bekanntes: Ein Politiker lädt in die Beiz respektive an den Stammtisch, lässt Bier und Kafi auf-tischen und erzählt aus der Politiküche. Insofern hat Prisca Birrer mit ihren Berner Suppen, die sie allen SP-Sektionen im Kanton und der Bevölkerung in den jeweiligen Wahlkreisen anbietet, nichts wirklich Neues kreiert.

Mit dem gewichtigen Unterschied allerdings, dass die SP-Nationalrätin sich bereits weit vor den Wahlen um diese Einladungen bemüht, sich jeweils sorgfältig vorbereitet und viel sachlichen Hintergrund serviert. In Sursee war die gereichte Flüssignahrung erst noch «gesund»: «Statt einer Berner Suppe offeriert die SP Sursee eine bunte Gemüsesuppe, immerhin ist die höchste Konsumentenschutzlerin der Schweiz unser Gast», spielte Kantonsrätin Yvonne Zemp bei der Begrüssung auf Birrers weitere Ämter als Präsidentin der Stiftung für Konsumentenschutz SKS und Finanzvor-

steherin der Gemeinde Rothenburg an.

## Lobbyisten erwischen auch SPLER

Dass der Abend alles andere als fad war, dafür sorgte die Nationalrätin dann mit ihrem gehaltvollen, gepfefferten Rückblick auf die vergangene Frühjahrssession des eidgenössischen Parlaments in Bern selber. Diese hatte Birrer, die Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben ist, mit ihren zahlreichen Agrar- und Lebensmittelthemen stark gefordert – nicht zuletzt wegen des starken Lobbyings der Bauern. Die Schweizer Landwirtschaft koste rund zehn Millionen Franken pro Tag, habe FDP-Kollegin Gabi Huber unlängst vorgerechnet und sei doch lediglich für acht Prozent der inländischen Wertschöpfung verantwortlich. «Da wundert es einem schon, dass die Bauern im Parlament immer wieder eine Mehrheit zustande bringen», gestand Birrer. Sie benannte auch mögliche Gründe: die generelle Verbundenheit der Schweizer zur Scholle, das sehr gute Lobbying des Bauernverbandes, und SP-Leute aus der Romandie, die sehr viel bauernfreundlicher wären als ihre Deutschschweizer Kollegen und nicht nur in diesen Belangen gerne aus der SP-Reihe tanzten. Immerhin spielten ab und zu Allianzen, etwa wenn sich kleine Bauern, Bergbauern und Biobauern zusammentäten: So sei etwa die wich-



«Nach einer Session bin ich jeweils 'figufertig'.» PRISCA BIRRER

tige Neuerung zustande gekommen, dass sich die Anreize für Subventionen künftig nicht mehr an der Höhe der Tierzahlen orientierten.

## Druck der Öffentlichkeit

Beispiele für starkes Lobbying lieferte Prisca Birrer an diesem Abend im Surseer «Freiraum» noch viele, etwa im Rahmen der Swissness-Vorlage oder der Frage der Roaming-Gebühren. Was die Rothenburger Nationalrätin aber mindestens so sehr beschäftigt ist der

Einfluss der Öffentlichkeit. Der Pferdefleisch-Skandal etwa habe grossen Druck ausgeübt und der Debatte über das Lebensmittelgesetz, das vor der Rückweisung gestanden sei, eine ganz andere Wende gegeben. So habe sie im Erstrat auch ihren Vorstoss durchgebracht, dass die Rohstoffe künftig deklariert werden müssen.

## «Grenzwertiges Milizparlament»

Die Berufspolitikerin Birrer ging in ihrem knapp 90-minütigen Vortrag auf sämtliche Geschäfte der letzten Session kurz ein und hinterliess bei den Zuhörern einen äusserst kompetenten Eindruck. Hier ist eine Sachpolitikerin am Werk, die sich vor und hinter den Kulissen in Bern wohlfühlt. Die 54-Jährige gab aber auch zu: «Nach einer Session bin ich jeweils 'figufertig'.» Ihr Arbeitspensum für den Nationalrat schätzt sie auf 60 bis 70 Prozent, dazu kommen das 25-Prozent-Pensum als Gemeinderätin und das SKS-Präsidium. Es sei schon eine Art permanentes Zur-Verfügung-Stehen, und der Anspruch eines Milizparlamentes werde langsam grenzwertig. Nichtsdestotrotz freut sie sich über Besuch aus der Region in Bern, wie jüngst von einer Surseer Schulklasse – und über weitere Kontakte zur Basis. Und sichtlich gerne setzte sie sich letzten Mittwochabend an jeden Tisch, wo für einmal nicht nur sie, sondern alle die Suppe auslöffelten.

ANDREA WILLIMANN